# S 20 R 97/16

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht Bundessozialgericht
Sachgebiet Rentenversicherung
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

### 1. Instanz

Aktenzeichen S 20 R 97/16 Datum 02.11.2020

#### 2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

### 3. Instanz

Datum 19.10.2021

## Â

Auf die Revision der Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts Frankfurt am Main vom 2. November 2020 aufgehoben.

Die Klagen werden abgewiesen.

Die Beteiligten haben einander in allen Rechtszügen keine Kosten zu erstatten.

Â

Gründe:

I

Â

1

Streitig ist, ob die Klägerin zu 2. in ihrer Vertretungstätigkeit als Ã□rztin bei der Klägerin zu 1. an einzelnen Tagen in der Zeit von Januar 2013 bis Dezember 2014 aufgrund Beschäftigung der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung unterlag.

Â

2

Die KlĤgerin zu 1. ist eine gastroenterologische Gemeinschaftspraxis mit mehreren Ã\(\text{rzten als Gesellschafter}\). Die Kl\(\text{A}\(\text{xgerin zu}\text{A}\) 2. ist als Ober\(\text{A}\(\text{xrztin in}\) einem Krankenhaus angestellt. Im Fall der Abwesenheit eines Gesellschafters wegen Urlaubs oder Krankheit übernahm die Klägerin zu 2. aufgrund (kurzfristiger) Absprache die jeweilige Vertretung in den RĤumen der Gemeinschaftspraxis. Sie führte mit den dort befindlichen Geräten insbesondere endoskopische Untersuchungen durch, schrieb Befundberichte und gab Therapieempfehlungen. Die Patienten wurden durch die KlĤgerin zu 1. bestimmt. Bei den Untersuchungen wurde die KlĤgerin zu 2. von medizinischen Angestellten der Gemeinschaftspraxis unterstÄ1/4tzt, gegenÄ1/4ber denen sie weisungsbefugt war. Sie selbst unterlag hinsichtlich ihrer Äxrztlichen Berufsausļbung keinen Weisungen. Die Gemeinschaftspraxis stellte ihr alle Arbeitsmittel einschlie̸lich besonderer Schutzkleidung für die Endoskopie kostenfrei zur Verfügung; darüber hinaus verwendete die Klägerin zu 2. eigene Arbeitskleidung. Sie erhielt eine Vergütung in Höhe von 80Â Euro je Einsatzstunde und rechnete diese gegenüber der Gemeinschaftspraxis ab.

Â

3

Im März 2015 stellten die Klägerinnen bei der Beklagten jeweils einen Antrag auf Statusfeststellung. Nach Anhörung stellte die Beklagte fest, dass die Tätigkeit der Klägerin zu 2. als Vertretungsärztin bei der Klägerin zu 1. vom 25.1. bis 19.8.2013, am 22.10.2013, vom 6.1.2014 bis 1.8.2014 und vom 28.11. bis 5.12.2014 im Rahmen eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses ausgeübt werde und ab 25.1.2013 Versicherungspflicht in der GRV sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung bestehe (Bescheide vom 28.9.2015; Widerspruchsbescheide vom 8.2.2016).

Â

4

Das SG Frankfurt am Main hat die Bescheide aufgehoben und festgestellt, dass die Tätigkeit der KIägerin zu 2. fýr die KIägerin zu 1. nicht als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt werde. Da der Tätigkeit kein schriftlicher Vertrag zugrunde gelegen habe, sei die Bewertung anhand der gelebten rechtlichen Beziehung vorzunehmen. Die für eine selbstständige

Tätigkeit sprechenden Indizien würden dabei überwiegen. Bei ihren Untersuchungen habe die Klägerin zu 2. keinen Weisungen, sondern lediglich facharztspezifischen Standards bei der Diagnostik unterlegen. Sie sei in ihrer Zeiteinteilung frei gewesen. Es habe ihr frei gestanden, für weitere Auftraggeber tätig zu werden. Sie habe keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Unfall oder auf bezahlten Urlaub gehabt. Zudem habe sie ein wirtschaftliches Risiko getragen, weil sie über eine eigene Berufshaftpflichtversicherung verfüge (Urteil vom 2.11.2020).

Â

5

Mit ihrer Sprungrevision rügt die Beklagte eine Verletzung von <u>§Â 7 Abs 1</u> SGB IV. Auch wenn die Klägerin zu 2. in ihrer fachlichen Tätigkeit keinen Weisungen unterlegen habe, habe sie dennoch funktionsgerecht dienend am Arbeitsprozess teilgenommen. Sie habe RAxumlichkeiten, GerAxte und Personal der Gemeinschaftspraxis genutzt. Welche Patienten zu befunden gewesen seien, sei von der Gemeinschaftspraxis vorgegeben worden. Bei der Ausübung der TÃxtigkeit sei die KlÃxgerin zu 2. auf die Assistenz des medizinischen Personals der Gemeinschaftspraxis angewiesen gewesen. A

ber eigene Betriebsmittel habe die Klägerin zu 2. nicht verfügt. Da sie einen festen Lohn für geleistete Stunden erhalten und keinen Lohnausfall zu befürchten gehabt habe, habe sie trotz der abgeschlossenen eigenen Berufshaftpflichtversicherung kein nennenswertes Unternehmerrisiko getragen. Aus der Vertretung eines der Gesellschafter der Gemeinschaftspraxis folge keine SelbststĤndigkeit; dafļr hÃxtte sie als Arztvertreter die Stelle des Praxisinhabers einnehmen und zeitweilig dessen Arbeitgeberfunktion wahrnehmen mýssen. Praxisinhaber sei hier aber die Gemeinschaftspraxis, die eine Berufsausübungsgemeinschaft darstelle, sodass deren Betrieb von den weiteren Gesellschaftern fortgefA1/4hrt werde und gerade nicht von der KlĤgerin zu 2. Diese sei vielmehr weisungsgebunden in die fremde Praxisorganisation eingebunden gewesen und unterscheide sich insofern in keiner Weise von in niedergelassenen Praxen â∏regulärâ∏ angestellten Ã∏rzten oder Honorarärzten im Krankenhaus.

Â

6

Die Beklagte beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Frankfurt am Main vom 2. November 2020 aufzuheben und die Klagen abzuweisen.

Â

7

Die KlĤgerinnen beantragen,

die Revision der Beklagten zurļckzuweisen.
Â
8
Sie halten die angefochtene Entscheidung für zutreffend. Die Klägerin zu 2. sei nach § 32 Zulassungsverordnung für Vertragsärzte (Ã□rzte-ZV) tätig geworden und danach an die Stelle einer selbstständig tätigen Person getreten. Die Vertretung eines Vertragsarztes nach dieser Bestimmung sei eine selbstständige Tätigkeit, da andernfalls nach <u>§ 95 Abs 9 SGB V</u> die Genehmigung des Zulassungsausschusses erforderlich gewesen wäre.
Â
9
Die Beigeladene hat keinen Antrag gestellt.
Â
II
Â
10
Die zulässige Sprungrevision (§ 161 Abs 1 SGG) der Beklagten ist begrþndet (§ 170 Abs 2 Satz 1 SGG). Das SG hat zu Unrecht der Klage stattgegeben. Die angefochtenen Bescheide der Beklagten vom 28.9.2015 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 8.2.2016 (§ 95 SGG) sind rechtmäÃ□ig und verletzen die Klägerinnen nicht in ihren Rechten. Das Urteil war nicht bereits wegen einer unzulässigen Elementenfeststellung aufzuheben (dazu 1.). Nach den fþr die Statusbeurteilung geltenden MaÃ□stäben (dazu 2.) war die Klägerin zu 2. in ihren einzelnen Einsätzen als Ã□rztin bei der Klägerin zu 1. ab 25.1.2013 bis Dezember 2014 beschäftigt und deshalb in der GRV und nach dem

Â

11

1. Â§Â 7a SGB IV ermächtigt nicht zur bloÃ□en Elementenfeststellung einer abhängigen Beschäftigung, sondern verpflichtet nach ständiger Rechtsprechung zur Feststellung der Versicherungspflicht. Auch im gerichtlichen Verfahren ist nach derzeitiger Rechtslage eine isolierte Feststellung von Beschäftigung nach §Â 55 Abs 1 SGG nicht möglich (vgl BSG Urteil vom 26.2.2019 â□□ B 12 R 8/18 R â□□ juris RdNr 21 ff mwN). Hier hat das SG

Recht der ArbeitsfĶrderung versicherungspflichtig (dazu 3).

tenoriert, dass die Tätigkeit nicht als â∏sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübtâ∏ werde. Durch den Bezug auf die Sozialversicherungspflicht ist noch ausreichend deutlich, dass nicht isoliert das (Nichtâ∏)Vorliegen von abhängiger Beschäftigung, sondern die damit zusammenhängende Sozialversicherungspflicht festgestellt wurde.

Â

12

2. Im streitigen Zeitraum unterlagen Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschĤftigt waren, der Versicherungspflicht in der GRV sowie nach dem Recht der ArbeitsfĶrderung (§Â 1 Satz 1 Nr 1 SGB VI und §Â 25 Abs 1 Satz 1 SGBÂ III).

Â

13

a) Beschäftigung ist gemäÃ∏ <u>§Â 7 Abs 1 SGB IV</u> die nichtselbstständige Arbeit, insbesondere in einem ArbeitsverhÃxItnis (Satz 1). Anhaltspunkte für eine BeschĤftigung sind eine TĤtigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers (Satz 2). Nach der ständigen Rechtsprechung des BSG setzt eine abhĤngige BeschĤftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persĶnlich abhĤngig ist. Bei einer BeschĤftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der BeschĤftigte in den Betrieb eingegliedert ist und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausfļhrung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann â∏ vornehmlich bei Diensten höherer Art â∏∏ eingeschrĤnkt und zur â∏funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ∏∏ verfeinert sein. Demgegenüber ist eine selbstständige TÃxtigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen BetriebsstĤtte, die VerfļgungsmĶglichkeit ļber die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete TĤtigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Ob jemand beschäuftigt oder selbststäundig täutig ist, richtet sich danach, welche UmstĤnde das Gesamtbild der Arbeitsleistung prĤgen und hÃxngt davon ab, welche Merkmale überwiegen. Die Zuordnung einer TÃxtigkeit nach deren Gesamtbild zum rechtlichen Typus der BeschĤftigung oder selbststĤndigen TĤtigkeit setzt voraus, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Indizien in Betracht kommenden UmstĤnde festgestellt, in ihrer Tragweite zutreffend erkannt und gewichtet, in die Gesamtschau mit diesem Gewicht eingestellt und nachvollziehbar, dh den Gesetzen der Logik entsprechend und widerspruchsfrei gegeneinander abgewogen werden.

Â

14

b) Bei der Statusbeurteilung ist regelmäÃ∏ig vom Inhalt der zwischen den Beteiligten getroffenen Vereinbarungen auszugehen, den die Verwaltung und die Gerichte konkret festzustellen haben. Liegen schriftliche Vereinbarungen vor, so ist neben deren Vereinbarkeit mit zwingendem Recht auch zu prüfen, ob mündliche oder konkludente Ã∏nderungen erfolgt sind. SchlieÃ∏lich ist auch die Ernsthaftigkeit der dokumentierten Vereinbarungen zu prA¼fen. Erst auf der Grundlage der so getroffenen Feststellungen über den (wahren) Inhalt der Vereinbarungen ist eine wertende Zuordnung des RechtsverhĤltnisses zum Typus der Beschäuftigung oder selbststäundigen Täutigkeit vorzunehmen (stRspr; vgl zum Ganzen BSG Urteil vom 4.6.2019 â∏ B 12 R 12/18 R â∏ juris RdNr 17Â f mwN). Diese wertende Zuordnung kann nicht mit bindender Wirkung fÃ1/4r die Sozialversicherung durch die Vertragsparteien vorgegeben werden, indem sie zB vereinbaren, eine selbststĤndige TĤtigkeit zu wollen. Denn der besondere Schutzzweck der Sozialversicherung schlie̸t es aus, dass über die rechtliche Einordnung einer Person â∏ als selbstständig oder beschäftigt â∏ allein die Vertragsschlie̸enden entscheiden. Ã∏ber zwingende Normen kann nicht im Wege der Privatautonomie verfå¼gt werden. Vielmehr kommt es entscheidend auf die tatsÃxchliche Ausgestaltung und Durchführung der VertragsverhÃxltnisse an (vgl BSG Urteil vom 4.6.2019 â∏ BÂ 12Â R 11/18Â RÂ â∏ BSGE 128, 191 =Â SozR 4â⊓⊓2400 §Â 7 Nr 42, RdNr 24; BSG Urteil vom 29.1.1981 â∏∏ 12Â RK 63/79  $\hat{A} = \hat{A} =$ 

Â

15

c)Â Bei Vertragsgestaltungen, in denen  $\hat{a} \square \hat{A}$  wie hier  $\hat{a} \square \hat{A}$  die  $\hat{A} \square$  bernahme einzelner Dienste individuell vereinbart wird und insbesondere kein Dauerschuldverh $\hat{A}$ ¤ltnis mit Leistungen auf Abruf vorliegt, ist f $\hat{A}$ ½r die Frage der Versicherungspflicht allein auf die Verh $\hat{A}$ ¤ltnisse abzustellen, die w $\hat{A}$ ¤hrend der Ausf $\hat{A}$ ½hrung der jeweiligen Einzelauftr $\hat{A}$ ¤ge bestehen. Au $\hat{A}$ □erhalb der Einzeleins $\hat{A}$ ¤tze liegt schon deshalb keine die Versicherungspflicht begr $\hat{A}$ ¾ndende  $\hat{a}$ □entgeltliche $\hat{a}$ □ Besch $\hat{A}$ ¤ftigung iS des  $\hat{A}$ § $\hat{A}$  7 Abs $\hat{A}$  1 SGB $\hat{A}$  IV vor, weil keine latente Verpflichtung der Kl $\hat{A}$ ¤gerin zu $\hat{A}$  2. bestand, T $\hat{A}$ ¤tigkeiten f $\hat{A}$ ¾r die Kl $\hat{A}$ ¤gerin zu $\hat{A}$  1. auszu $\hat{A}$ ¾ben, und diese umgekehrt auch kein Entgelt zu leisten hatte (vgl BSG Urteil vom 4.6.2019  $\hat{a}$ □ $\hat{A}$   $\hat{A}$ 

Â

16

3. Unter Zugrundelegung dieser MaÃ□stäbe überwiegen die Indizien für das Vorliegen einer Beschäftigung, sodass die Klägerin zu 2. in der streitigen Tätigkeit in der GRV und nach dem Recht der Arbeitsförderung versicherungspflichtig war.

Â

17

a) Bei der Würdigung der Vertragsbeziehungen zwischen den Klägerinnen und deren Umsetzung in der Praxis hat das SG im Ausgangspunkt zutreffend festgestellt, dass mangels einer schriftlichen Vereinbarung die Bewertung anhand der mündlichen Abreden und der konkludenten Ausgestaltung der vertraglichen Grundlagen in ihrer gelebten Praxis vorzunehmen ist (vgl BSG Urteil vom 4.6.2019 all all

Â

18

b) Dabei ist auf die jeweiligen Einzeleinsätze abzustellen. Die Klägerin zu 2. hatte keine Verpflichtung zur Ã□bernahme einer bestimmten Anzahl von Vertretungen, sie konnte vielmehr über jede Anfrage frei und eigenständig entscheiden. Erst durch die jeweilige Zusage entstand die rechtliche Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaftspraxis, die Vertretung zu leisten.

Â

19

Diese Bewertung kommt auch zutreffend in dem angefochtenen Bescheid der Beklagten zum Ausdruck. GrundsĤtzlich hĤlt der Senat eine Feststellung im Statusfeststellungsverfahren schon dann fĽr hinreichend bestimmt (ŧ 33 Abs 1 SGB X), wenn sie ausreichend erkennen lĤsst, dass sie sich auf die Durchführung von EinzelauftrĤgen zwischen den Beteiligten â∏ beginnend mit dem ersten TĤtigwerden â∏ unter gleichbleibenden Bedingungen bezieht und kein DauerschuldverhĤltnis vorliegt (vgl BSG Urteil vom 19.10.2021 â∏ B 12 KR 29/19 R â∏ zur VerĶffentlichung in SozR vorgesehen). Dem Bestimmtheitsgrundsatz genügt die Beklagte hier jedenfalls durch die Angabe einzelner ZeitrĤume, in denen die EinzelauftrĤge durchgeführt worden sind. Daraus und aus dem Hinweis in der Begründung auf die stundenweise Vertretung wird deutlich, dass sie nicht von einem Dauerschuldverhältnis ausgegangen ist. Unschädlich ist, dass die Zeitabschnitte ggf monatsübergreifend zusammengefasst wurden, auch wenn die Tätigkeit nur an einzelnen Tagen in einem Monat erfolgt ist.

Â

20

c) Die Klägerin zu 2. unterlag zumindest einem rudimentären Weisungsrecht der Klägerin zu 1. und war in einer ihre Tätigkeit prägenden Weise in deren

Betriebsablauf eingegliedert. Die in <u>§Â 7 Abs 1 Satz 2 SGB IV</u> genannten Anhaltspunkte der Weisungsgebundenheit und der Eingliederung stehen weder in einem Rangverhältnis zueinander noch mþssen sie stets kumulativ vorliegen.

Â

21

Die Ĥrztliche TĤtigkeit der KlĤgerin zu 2. in der Gemeinschaftspraxis weist Gemeinsamkeiten mit derjenigen von sog HonorarĤrzten im Krankenhaus auf. So agieren Ã□rzte bei medizinischen Heilbehandlungen und Therapien in der Regel frei und eigenverantwortlich. Aus der fachlichen UnabhĤngigkeit, die grundsĤtzlich allen sog freien Berufen eigentümlich ist, kann aber nicht ohne Weiteres auf eine selbststĤndige TĤtigkeit geschlossen werden (vgl BSG Urteil vom 4.6.2019 â∏ B 12 R 11/18 R Â∏ BSGE 128, 191 = SozR 4â∏☐2400 §Â 7 Nr 42, RdNr 25; BSG Urteil vom 7.7.2020 â∏ BÂ 12Â R 17/18Â RÂ â∏ SozR 4â∏2400 §Â 7 Nr 49 RdNr 36). Insbesondere bei Hochqualifizierten oder Spezialisten (sog sein. Dennoch kann die Dienstleistung in solchen FÄxllen fremdbestimmt sein, wenn sie ihr GeprĤge von der Ordnung des Betriebes erhĤlt, in deren Dienst die Arbeit verrichtet wird. Die Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers verfeinert sich in solchen Fällen â∏¬zur funktionsgerechten, dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ∏∏ (BSG Urteil vom 4.6.2019 â∏∏ BÂ 12Â R 11/18Â RÂ â∏∏ BSGE 128, 191 =Â SozR  $4\hat{a}$  □ 2400  $\hat{A}$  §Â 7 Nr 42, RdNr 29 mwN). Dies zeigt sich etwa bei der Einordnung von ChefĤrzten, die nach ganz herrschender Meinung als Arbeitnehmer zu qualifizieren sind (BAG Urteil vom 27.7.1961 â∏ 2Â AZR 255/60 â∏ BAGE 11, 225; BSG Urteil vom 29.9.1965 â∏ 2Â RU 169/63Â â∏ BSGE 24. 29 = SozR Nr 1 zu §Â 539 RVO; BGH Beschluss vom 26.2.1998 â∏ IIIÂ ZB 25/97 â∏∏ NIW 1998, 2745). Ausschlaggebend sind die Umstände des Einzelfalls.

Â

22

Ein Weisungsrecht der Gemeinschaftspraxis bestand zumindest hinsichtlich ihrer R $\tilde{\text{A}}$ xumlichkeiten und Ger $\tilde{\text{A}}$ xte. Die Kl $\tilde{\text{A}}$ xgerin zu $\hat{\text{A}}$  1. bestimmte insbesondere auch die zu Untersuchenden. An diese Feststellung des SG ist der Senat gebunden (  $\hat{\text{A}}$ § $\hat{\text{A}}$  163 SGG).

Â

23

Die Klägerin zu 2. war in die Arbeitsabläufe der Gemeinschaftspraxis in â∏funktionsgerecht dienender Teilhabeâ∏ eingegliedert. Sie arbeitete arbeitsteilig mit dem Praxispersonal zusammen, war auf dessen Hilfestellung zwingend angewiesen und konnte diesem insoweit fachliche Weisungen erteilen. Darüber hinaus nutzte die Klägerin zu 2. die Einrichtungen und Betriebsmittel der

Gemeinschaftspraxis kostenfrei. Ihre Vergütung erhielt sie direkt von der Klägerin zu 1. Eine Abrechnung gegenüber den behandelten Patienten oder deren Kostenträgern nahm nicht sie, sondern nur die Gemeinschaftspraxis vor.

Â

24

Â

25

Arbeit- bzw Auftraggeberin ist hier eine Gemeinschaftspraxis. Eine solche zeichnet sich dadurch aus, dass mehrere ̸rzte der gleichen oder ähnlicher Fachrichtung in gemeinsamen RĤumen mit gemeinsamer Praxiseinrichtung, gemeinsamer Karteiführung und Abrechnung sowie mit gemeinsamem Personal auf gemeinsame Rechnung die Ĥrztliche TĤtigkeit gemeinsam ausļben (BSG Urteil vom 14.12.2011 â∏ B 6 KA 31/10 R â∏∏ SozR 4â∏∏2500 §Â 106a Nr 8 RdNr 20 mwN). Dies geschieht in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) nach <u>§Â§Â 705 ff BGB</u> (BGH Urteil vom 8.11.2005 â∏ VI ZR 319/04 â∏∏ BGHZ 165, 36, 39 f; BGH Urteil vom 25.3.1986 â∏∏ VIÂ ZR 90/85  $\hat{A}$  â∏∏ BGHZ 97, 273, 276 $\hat{A}$  f = $\hat{A}$  juris RdNr $\hat{A}$  12; BSG Urteil vom 22.4.1983  $\hat{a} \sqcap \sqcap \hat{A}$   $\hat{A}$  RKa 7/81 $\hat{A}$   $\hat{a} \sqcap \sqcap$  BSGE 55, 97, 102 = $\hat{A}$  SozR 5520  $\hat{A}$ § $\hat{A}$  33 Nr $\hat{A}$  1 S $\hat{A}$  5 = $\hat{A}$  juris RdNr 22) oder im Rahmen einer Partnerschaftsgesellschaft (§Â§Â 1 ff Partnerschaftsgesellschaftsgesetz), auf die grundsÄxtzlich auch die Vorschriften über die Gesellschaft Anwendung finden (§Â 1 Abs 4 PartGG). Die von der Klägerin erbrachte Tätigkeit beschränkte sich auf den ärztlichen Einsatz im Fall der kurzfristigen Abwesenheit eines Gesellschafters wegen Krankheit oder Urlaub. Damit wird nicht der Vertretungsfall fýr die Praxis als Gesamtheit umschrieben, denn dieser tritt nicht ein, solange auch nur ein Arzt der Gemeinschaftspraxis weiterhin tätig ist (vgl BSG Urteil vom 19.8.1992 â∏ДÂ 6 RKa 35/90 â∏∏ juris RdNr 12; BSG Urteil vom 20.10.2004 â∏∏ BÂ 6Â KA 15/04Â R  $\hat{A} = \frac{1}{2} \frac{1}{$ kann durch die verbleibenden Partner fortgefļhrt und gegenļber der Kassenärztlichen Vereinigung abgerechnet werden. Da die Klägerin zu 2. durch ihre kurzfristige ̸bernahme ärztlicher Leistungen nicht in die Rechtsstellung einer Gesellschafterin der GbR eingetreten ist, hat sie mithin auch nicht die Arbeitgeberfunktion in der Gemeinschaftspraxis übernommen. Ihre Position

unterschied sich insoweit nicht wesentlich von der eines sog Honorararztes, der vertretungsweise in einem Krankenhaus t $\tilde{A}$ xtig wird und insoweit ebenfalls abh $\tilde{A}$ xngig besch $\tilde{A}$ xftigt ist (vgl BSG Urteil vom 4.6.2019  $\hat{a}$  $\square$  $\square$  $\hat{A}$   $\hat{B}$  $\hat{A}$  12 $\hat{A$ 

Â

26

Es kann dahinstehen, ob und ggf unter welchen Voraussetzungen in einer Gemeinschaftspraxis  $\tilde{A}^{1}$ 4berhaupt ein Vertretungsfall iS des  $\hat{A}$ § $\hat{A}$  32  $\tilde{A}$  $\square$ rzte $\hat{A}$  $\square$ ZV eintreten kann oder ob bei der Inanspruchnahme Dritter nur eine Anstellung mit Genehmigung des Zulassungsausschusses ( $\hat{A}$ § $\hat{A}$  95 Abs $\hat{A}$  9 SGB $\hat{A}$  V) in Betracht kommt. Denn f $\tilde{A}$  $^{1}$ 4r die Statusfeststellung kommt es nicht darauf an, ob den berufszulassungsrechtlichen Anforderungen Gen $\tilde{A}$  $^{1}$ 4ge getan wird. Wie der Senat zuletzt zu so genannten freien Berufen entschieden hat, werden die Abgrenzungsma $\tilde{A}$  $\square$ st $\tilde{A}$ xbe des  $\hat{A}$ § $\hat{A}$ 7 Abs $\hat{A}$ 1 SGB $\hat{A}$  IV nicht berufsrechtlich  $\tilde{A}$  $^{1}$ 4berlagert (vgl BSG Urteil vom 7.7.2020  $\hat{a}$  $\square$  $\hat{A}$  $\hat{B}$  $\hat{A}$ 12 $\hat{A}$ R 17/18 $\hat{A}$ R $\hat{A}$  $\hat{a}$  $\square$  $\square$  $\hat{A}$ 50. Weder richtet sich die Statusfeststellung allein an der fachlichen (Weisungs-)Unabh $\tilde{A}$ xngigkeit des (Vertretungs-)Arztes aus, noch hat sie den Zweck, Regelungen des Vertragsarztrechts sicherzustellen.

Â

27

e) Das SG hat keine für Selbstständigkeit sprechende Anhaltspunkte festgestellt, die ein derartiges Gewicht hÄxtten, dass sie die Eingliederung der Klägerin zu 2. hätten auf- oder überwiegen können. Insbesondere fehlt es an einem nennenswerten Unternehmerrisiko. Fýr die Klägerin zu 2. bestand nicht die Chance, durch unternehmerisches Geschick ihre Arbeit so effizient zu gestalten, dass sie das VerhĤltnis von Aufwand und Ertrag zu ihren Gunsten entscheidend hÃxtte beeinflussen können. Vielmehr erhielt sie für ihre Arbeit ein fest definiertes Honorar. Da es auch lediglich auf eine Betrachtung der konkreten VertretungstÄxtigkeit ankommt, ist das einzig in Betracht kommende Risiko der KIägerin zu 2., von der Gemeinschaftspraxis keine weiteren Folgeaufträge zu bekommen, für die Frage ihres Status in der konkreten Tätigkeit irrelevant. Denn aus dem (allgemeinen) Risiko, au̸erhalb der Erledigung einzelner Aufträge zeitweise die eigene Arbeitskraft ggf nicht verwerten zu kA¶nnen, folgt kein Unternehmerrisiko bezüglich der einzelnen EinsÃxtze (vgl BSG Urteil vom 18.11.2015 â∏∏ <u>B 12 KR 16/13 R</u> â∏∏ <u>BSGE 120, 99</u> = SozR 4â∏∏2400 §Â 7 Nr 25, RdNr 36 mwN).

Â

28

Auch die angeführte Berufshaftpflichtversicherung der Klägerin zu 2.

begrýndet kein ins Gewicht fallendes Verlustrisiko. Insoweit kann dahinstehen, dass das SG keine Feststellungen darýber getroffen hat, in welcher Höhe der Klägerin zu 2. konkrete Kosten entstanden sind und inwieweit sich diese gerade auf die ausgeýbte Tätigkeit als â $\square$ Vertretungsärztinâ $\square$  (und nicht lediglich auf den allgemein ausgeýbten Beruf als Ã $\square$ rztin) bezogen haben. Denn es handelt sich bei der Versicherung ohnehin nur um einen Aspekt, der fýr sich genommen die Tätigkeit nicht entscheidend prägt (vgl BSG Urteil vom 7.6.2019 â $\square$  BÂ 12Â R 6/18Â RÂ â $\square$ BSGE 128, 205 =Â SozR 4â $\square$ 2400 §Â 7 Nr 44, RdNr 31). Au $\square$ er eigener Arbeitskleidung setzte die Klägerin zu 2. zudem keine eigenen Arbeitsmittel ein, wobei gerade bei den endoskopischen Untersuchungen spezielle Schutzkleidung wiederum von der Gemeinschaftspraxis kostenfrei gestellt wurde.

Â

29

Â

30

Etwas anderes ergibt sich auch nicht deshalb, weil es der KlAzgerin zuA 2. freigestanden hat, für weitere Auftraggeber tätig zu sein. Eine Tätigkeit für mehrere Auftraggeber erhĤlt erst in der Zusammenschau mit weiteren typischen Merkmalen einer selbststĤndigen TĤtigkeit Gewicht, wie zB einem werbenden Auftreten am Markt für die angebotenen Leistungen (BSG Urteil vom 18.11.2015 â∏ B 12 KR 16/13 R â∏ BSGE 120, 99 = SozR 4â∏2400 §Â 7 Nr 25, RdNr 28). Solche Umstände von relevantem Umfang hat das SG nicht festgestellt. Zwar hat der Senat entschieden, dass eine TĤtigkeit fļr andere Auftraggeber ein Indiz für eine ganz erhebliche Dispositionsfreiheit in Bezug auf die zu beurteilende TĤtigkeit sein kann, wenn sie in relevantem Umfang oder sogar schwerpunktmäÃ∏ig stattfindet, weil sie dann die zeitliche Verfügbarkeit des Auftragnehmers erheblich einschrĤnkt (BSG Urteil vom 4.9.2018 â∏ B 12 KR 11/17 R â∏ BSGE 126, 235 = SozR 4â∏2400 §Â 7a Nr 10,  $RdNr\hat{A}$  23). Das gilt aber nicht, wenn  $\hat{a} \square \hat{A}$  wie hier $\hat{A}$   $\hat{a} \square \hat{A}$  die Dispositionsfreiheit des Auftragnehmers schon insoweit berücksichtigt wird, als für die Beurteilung auf den jeweiligen Einzelauftrag (vgl oben b) abgestellt wird.

Â

31

f)Â Hinweise auf UmstÃxnde, die zu einem Ausschluss der Versicherungspflicht in der GRV und nach dem Recht der ArbeitsfÃqrderung fÃ $^{1}$ /qhren kÃqnnten, sind weder erkennbar noch geltend gemacht.

Â

32

4. Die Kostenentscheidung beruht auf §Â 193 SGG. Die Kostenprivilegierung der Klägerin zu 2. (§Â 183 SGG) erstreckt sich auf die grundsätzlich nicht privilegierte Klägerin zu 1. (vgl BSG Beschluss vom 29.5.2006 â□□ B 2 U 391/05 B â□□ SozR 4â□□1500 §Â 193 Nr 3 RdNr 17).

Erstellt am: 01.04.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024